

**Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Vergleichende Beiträge
zur sozialen Entwicklung in der Tschechoslowakei, DDR, Polen und Ungarn
1948-1960**

Jahrestagung des Collegium Carolinum vom 21. bis 24. November 2002 in Bad Wiessee

Am Vorabend der Jahrestagung des Collegium Carolinum bot sich den Tagungsteilnehmern eine Überraschung besonderer Art: „Schöne neue Welt?“ überschrieb *Peter Haslinger* (München) seine Vorführung des ungarischen Streifens „Die Ehe der Katalina Kis“ (Kis Katalin házassága, 1950). Geschildert wird darin die Verwandlung der Titelheldin von einer unselbstständigen Ehegattin und leistungsschwachen Textilarbeiterin zu einer ‚sozialistischen Frau‘, die im Privat- wie im Arbeitsleben, das sich in einer sozialistischen Musterstadt abspielt, ihren ‚Mann‘ steht und unermüdlich für die Partei kämpft, der sie ihre Metamorphose zu verdanken hat. Der Film führte noch einmal die Vorstellung der kommunistischen Machthaber von der Steuerbarkeit sozialer Entwicklung mit dem Zukunftsziel einer nivellierten Gesellschaft plastisch vor Augen.

Nach der Eröffnung der Tagung am darauffolgenden Morgen durch *Ferdinand Seibt* stellte *Christiane Brenner* (München), die kurzfristig für den erkrankten *Peter Heumos* – den Spiritus rector der sozialgeschichtlichen Tschechoslowakeiforschung in Deutschland – einsprang, Thema und Kontext der Jahrestagung vor. Diese bildet ein Resultat des von *Peter Heumos* am Collegium Carolinum geleiteten Projektes „Tschechoslowakische Sozialgeschichte 1948 bis 1960“. Im Zentrum des Projekts, das drei Jahre lang von der Volkswagenstiftung finanziert wurde, steht die Untersuchung der Verhaltensweisen der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft im Betrieb und im betriebsnahen Raum während des „langen Aufbaujahrzehnts“ (Heumos) unter dem Gesichtspunkt von deren Konformität beziehungsweise Nichtkonformität. Die bisherigen Ergebnisse des seit 1998 laufenden Projekts, an dem deutsche wie tschechische Wissenschaftler, darunter auch einige Tagungsteilnehmer, beteiligt sind, widersprechen, so *Christiane Brenner*, dem häufig reproduzierten Bild der Tschechoslowakei als eines Landes, in dem die Stalinisierung reibungslos durchgesetzt werden konnte und besonders tief reichte. Gerade das Fortleben traditioneller Auffassungen von Arbeit erwies sich als Schranke massiver Mobilisierungsversuche der Arbeiterschaft seitens der Partei- und Gewerkschaftsorgane. Eine der Leitfragen sozialgeschichtlicher Kommunismusforschung ist demzufolge die nach der Reichweite und nach den Grenzen – oder mit den Worten *Peter Heumos*‘ nach der „Eindringtiefe“ – kommunistischer Herrschaft in die Gesellschaft.

Die Agenda der Tagung gliederte sich in die folgenden vier Themenbereiche: „Herrschaftsstrukturen und Konflikte in Industriebetrieben“, „Betriebliche Kulturarbeit der Gewerkschaften“, „Repression und soziale Klassen“ sowie „Städtische und industrielle ‚Aufbaumilieus““. Im Unterschied zu den beiden vom Collegium Carolinum veranstalteten Workshops in München 1999 und in Prag 2000 richtete sich das Augenmerk diesmal nicht allein auf innerbetriebliche, sondern auch auf außerbetriebliche Konfliktbereiche. Außerdem konnte für diese Tagung neben den bereits unternommenen Vergleichen mit der DDR und Polen die ungarische Perspektive hinzugewonnen werden.

Bevor es an die tatsächliche Sektionsarbeit ging, war es an *Christoph Boyer* (Frankfurt am Main, Berlin), übergreifende Thesen zum Beitrag der Sozialgeschichte für die Erforschung

kommunistischer Systeme aufzustellen. Boyer, der das Projekt von *Peter Heumos* von Beginn an als kritischer Diskussionspartner begleitet hat, definierte zunächst Sozialgeschichte „als die Geschichte der großen sozialen Gebilde“, die aus dem ‚Unten‘, aus Mikro-Lebenswelten, entstehen und von ‚oben‘, von Wirtschaft und Politik, formiert werden. Er plädierte dabei für eine Erdung der Sozialgeschichte in der politischen Ökonomie und äußerte gegenüber kulturalistischen Konzepten Skepsis, da diese seiner Meinung nach nur Metaphänomene behandeln. Im Vergleich zu bürgerlich-rechtsstaatlichen Demokratien ergebe sich jedoch bei der Anwendung des sozialhistorischen Kanons westlicher Prägung auf staatssozialistische Gesellschaften eine andere Bezogenheit von Herrschaft und Gesellschaft, auf die *Boyer* als nächstes einging. Der Primat der Politik über die Gesellschaft bilde einen der wichtigsten Wesenszüge kommunistischer Regime. Das impliziere, so *Boyer*, jedoch keineswegs eine einfache Dichotomie von Herrschaft und Gesellschaft, wie sie etwa die klassischen Totalitarismus-Konzepte vertreten. Staatssozialistische Macht unterliege vielmehr zwei Kategorien von Handlungsbeschränkungen: zum einen systemischen, also selbst produzierten Fehlprogrammierungen, zum anderen Eigen-Sinnen, im Sinne konkurrierender Logiken. Die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft erläuterte *Boyer* mit dem Bild der Macht, die das Gehäuse errichte, und ihrer Untertanen, die ihr lediglich im Detail Grenzen setzen könnten.

Betriebe sind keine machtfreien Räume. Gerade in staatssozialistischen Gesellschaften, die in erster Linie Arbeitsgesellschaften waren, so *Boyer*, lohnt es daher, Untersuchungen zu Herrschaft und Konflikt im Betrieb zu beginnen. Die Referate von *Friederike Sattler* (Berlin/Halle), *Malgorzata Mazurek* (Warschau) und *Mark Pittaway* (Milton Keynes) zu Konfliktherden in sozialistischen Betrieben und deren Bewältigungsstrategien machten deutlich, mit welchen unterschiedlichen ökonomischen Ausgangslagen und sozialen Milieus die kommunistischen Machthaber bei der Durchsetzung der zentralen Planwirtschaft und damit auch beim „Zusammenschrauben“ (*Boyer*) einer neuen Arbeiterschaft in der DDR, in Polen und in Ungarn in der Aufbauphase konfrontiert waren. Die Strategien, ökonomischen Fehlprogrammierungen zu begegnen, wie dem Dauerproblem der niedrigen Arbeitsproduktivität, waren in den Ländern hingegen ähnlich. In erster Linie sollten lohnpolitische Maßnahmen (Prämien etc.) der Leistungsstimulierung dienen. Diese verfehlten jedoch oft ihr Ziel, insofern sie mit einer Anhebung der Leistungsnormen verbunden waren oder angekündigt wurden, aber wegen Geldmangels letztlich ausblieben.

Ist die These zutreffend, dass in den Ländern wie Ungarn und Polen stärkere soziale Spannungsfelder in den Betrieben auf Grund ihres im Vergleich mit der DDR und der ČSSR viel niedrigeren Industrialisierungsgrades entstanden? Welche Rolle spielten beispielsweise bestimmte Branchen im Hinblick auf das Konfliktverhalten der Arbeiterschaft? *Malgorzata Mazurek* fand für die Rosa-Luxemburg-Werke Warschau heraus, die unter direkter Kontrolle des Parteizentralkomitees standen, dass die Belegschaft sich zu einem hohen Anteil aus jungen Leuten und aus Arbeitern ländlicher Herkunft zusammensetzte. Zwischen Betriebsleitung und Belegschaft schien eine enorme Distanz zu bestehen. Als Vermittlungsinstanz spielten laut *Mazurek* die Abteilungsleiter eine wesentliche Rolle. Sie entschieden über die Umsetzung der Anweisungen ‚von oben‘, also auch über die Verteilung bestimmter Leistungsanreize. *Friederike Sattler* zeigte hingegen exemplarisch an den Leunawerken, wie eingespielte – hier insbesondere für die deutsche chemische Industrie zutreffende – Interaktionsmuster zwischen Betriebsführung und Belegschaft in den frühen Fünfzigern noch ‚virulent‘ waren. Sie interpretierte die Folgen des 17. Juni 1953, der in der Betriebsgeschichte nur eine kurze Episode darstellte, als ein Wiederanknüpfen an den traditionellen deutschen Wirtschaftspazifismus. So war die Betriebsführung der Leunawerke an einem innerbetrieblichen, apolitischen Ausgleich mit den Arbeitern, die nur vorübergehend auf Protestmittel zurückgriffen, interessiert. Dieses Konfliktmuster lässt sich – sowohl was die Kleinräumigkeit von Arbeitskämpfen als auch die von den Betriebsleitungen gesuchten Lösungswege betrifft – für die Tschechoslowakei ebenfalls

nachweisen. Eine weitere Konfliktebene brachte *Mark Pittaway* in die Diskussion ein, der seine Untersuchungen zur ungarischen Planwirtschaft der fünfziger Jahre als Versuch einer „kritischen Soziologie des Arbeitsplatzes“ verstanden wissen wollte. Anhand mehrerer Beispiele wies er unter anderem nach, dass Betriebsführungen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften instrumentalisierten und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft – die der bevorzugten und die der an den Rand gedrängten Arbeiter – im Betrieb erzeugten. Alle drei Referenten demontierten mit ihren Beiträgen zugleich den Mythos plötzlich ausbrechender Arbeiterunruhen in den fünfziger Jahren. Vielmehr stellten diese nur einen Abschnitt in der Kette langjähriger Bargaining-Prozesse zwischen Betriebsführung, Belegschaft und parteilich gelenkter Planbürokratie dar.

Der Kultur wiesen die kommunistischen Chefideologen in erster Linie eine erzieherische Funktion zu. Sie sollte als eine Quelle des gesellschaftlichen Fortschritts und somit auch der Erhöhung der Produktion dienen. Dementsprechend nahm die gewerkschaftliche Kulturarbeit im Betrieb einen beträchtlichen Teil der in erster Linie als „kulturelle Massenarbeit“ verstandenen Kultur ein. Betriebliche Kulturarbeit ist bislang weitgehend Forschungsdesiderat. *Helke Stadtland* (Bochum), die mit ihrem Vortrag der zweiten Sektion einen theoretischen Leitfaden vorgab, führte dies insbesondere auf die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Kulturbegriff zurück. Sozialhistorische Untersuchungen zu diesem Thema sollten – so ihre Forderung – am Kulturbegriff der Machthaber ansetzen, um die Diskrepanzen zwischen dem ‚Plan‘ und seiner Umsetzung aufdecken zu können. Welche kontraproduktiven Folgen hatte beispielsweise die Überfrachtung der Kultur mit dem überzogenen Erziehungsanspruch für das Regime? Welche Möglichkeiten der Selbstreformierung gab es in der Kulturpolitik und welche Grenzen hatten diese in einem politischen System, in dem Kultur ihrer Autonomie entzogen war? Zugleich warnte *Stadtland* davor, eine Sozialgeschichte nur von den Grenzen der Herrschaft aus zu schreiben. Diese Perspektive beruhe auf einer obsoleten „Sozialromantik“. Vielmehr müsse auch der Anteil sozialer Faktoren an der Generierung kommunistischer Herrschaftssysteme untersucht werden.

Dem bisher wenig beachteten Thema betrieblicher Kulturarbeit war die folgende Sektion gewidmet. *Jiří Knapík* (Opava/Troppau) sprach über die Installierung und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiter-Jurys in der Tschechoslowakei. Anhand verschiedener Beispiele zeigte er, dass die Tätigkeit der Jurys wie der Kulturreferenten, die zu sehr radikalen Positionen neigten, ein Intermezzo bleiben musste, da die Ideologen der Partei nicht bereit waren, dauerhaft Kompetenzen abzugeben. Der Leiter des Prager Gewerkschaftsarchivs, *Jiří Pokorný*, beschäftigte sich mit den tschechischen Betriebsklubs als Instrument der Erziehung und Ort der Erholung. Er arbeitete unter anderem ein kontraproduktiv wirkendes Moment ihrer Gründungsgeschichte heraus: Die Betriebsklubs gingen aus dem traditionellen Vereinswesen hervor, durch dessen Zerschlagung die ‚bürgerliche Kultur‘ besiegt werden sollte. Diese übernahmen jedoch nicht nur das materielle Erbe der aufgelösten Vereine, sondern arbeiteten teilweise im alten Stil weiter. Am Beispiel eines Klubhausleiters in Riesa, der einer der wenigen Erfolgreichen seiner Zunft war, lotete *Annette Schuhmann* (Potsdam) in ihrem pointierten Referat „Kneipier oder Erzieher?“ den möglichen Handlungsspielraum der dem neuen Berufsstand der Kulturfunktionäre zugehörigen betrieblichen Kulturhausleiter in der DDR aus. Dieser verstand es, die diffus bleibende Definition kultureller Massenarbeit auszunutzen und die kulturellen Angebote nach den Bedürfnissen der Betriebsbelegschaft zu gestalten. Insbesondere die aufeinander folgenden Referate von *Pokorný* und *Schuhmann* ermöglichten es dem Zuhörer, direkte Vergleiche zwischen der Tschechoslowakei und der DDR zu ziehen. Verfehlten die betrieblichen Kultureinrichtungen in der Praxis ihren erzieherischen Zweck einerseits und ‚verkamen‘ dabei oftmals zu Kneipen und Tanzlokalen, boten sie den Werkträgern andererseits durch attraktive, das heißt ihrer ideologischen Vorgaben mehr oder weniger entledigte Angebote, beispielsweise in der „Zirkelarbeit“ (kroužkářeni), ein zeitweise funktionierendes ‚Identitätsvehikel‘ an, wie es *K. Erik Franzen* vom Collegium Carolinum in der anschließenden Diskussion auf den Punkt brachte.

Gewalt und Repression sind zentrale Kategorien der klassischen Totalitarismuskonzepte, die jedoch über eine instrumentelle Definition nicht hinausgehen. *Dieter Segerts* (Brühl) Aufgabe war es, in seinem Eröffnungsvortrag zur dritten Sektion diese für kommunistische Regime konstitutiven Elemente um ihre sozialhistorischen Dimensionen zu erweitern. Die Anwendung von Gewaltinstrumenten, so *Segert*, stellt immer eine spezifische Form von Sozialbeziehungen dar, mit Befehlsausführenden als den Akteuren auf der einen und Untergebenen als den Adressaten auf der anderen Seite. *Segert* entwarf zur Untersuchung dieser Sozialbeziehungen einen weit gefächerten Fragenkatalog. Neben den Fragen nach dem Zeitpunkt, den Formen der Gewalt und ihrem Umfang ist auf Akteursebene unter anderem nach der sozialen Zusammensetzung der Tätergruppen sowie nach ihren Spielräumen im Entscheidungsprozess zu fragen. Kam es etwa während der Durchführung zur Modifizierung von Befehlen? Auf Adressatenebene könnten die Fragen lauten: Welche sozialen Gruppen waren von der Gewaltanwendung im besonderen Maße betroffen und warum? Welche unterschiedlichen Erfahrungen mit Gewalt oder welche unterschiedlichen Grade der Akzeptanz von Gewalt waren in den verschiedenen Generationen vorhanden?

Neben *Karel Jech* (Prag), der in seinem Referat einen historiographischen Abriss zur Geschichte der Zwangskollektivierung in der Tschechoslowakei gab, referierte *Jiří Pernes* (Brno/Brünn) über ein bis dato relativ unbekanntes Beispiel von Arbeiterprotesten und ihrer Unterdrückung: Bereits im November 1951 brachen in Brünn und Umgebung unter den Arbeitern Unruhen wegen eines Regierungsbeschlusses zur Einschränkung des Weihnachtsgeldes aus, die die Volksmilizen relativ rasch niederkämpften. Anschließend standen jedoch nicht die den Parteiorganen bekannten Organisatoren der Streiks und Demonstrationen vor Gericht – Arbeiter mit und ohne Parteibuch –, sondern eine als „Gruppe“ bezeichnete Anzahl von Leuten. Darunter befanden sich ehemalige Handwerker, Kleinunternehmer und Vorbestrafte, die entweder gar nicht oder kaum an den Protesten beteiligt waren. Laut *Pernes* zeigten der Verlauf und der Ausgang dieser Unruhen, dass die Tradition der Brünner Streikkämpfe und der Solidarität der Arbeiter zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig gebrochen war.

Ein Wandel der Herrschaftstechniken lässt sich beispielsweise am Umgang des KPTsch-Regimes mit den Akteuren und Sympathisanten des Prager Frühlings nach August 1968 ablesen. Repression (im Sinne der Anwendung organisierter physischer Gewalt) wich dem Umfang nach subtileren Machtmitteln wie verschiedenen Formen der beruflichen Diskriminierung, wirkte jedoch als Hintergrundbedrohung weiter. *Marketa Spiritova* (München) stellte ihr Dissertationsprojekt vor, in dem sie sich mit den Auswirkungen der beruflichen Diskriminierung auf die Arbeits- und Alltagswelt Prager Intellektueller der ‚zweiten Reihe‘ in den siebziger Jahren beschäftigt. Anhand von arbeitsbiografischen Interviews forscht sie vor allem nach Alltagspraktiken und Bewältigungsstrategien der Geisteswissenschaftler und Literaten in ihrer von außen massiv gestörten Lebenswelt. Zu diesen Bewältigungsstrategien gehörte beispielsweise der Aufbau sozialer Netzwerke und die Suche nach ‚Schutzpatronen‘.

Um noch einmal auf *Dieter Segerts* Fragenkatalog zurückzukommen: Deutet dieser Wandel von Herrschaftstechniken auf einen ‚Zivilisierungsprozess‘ des Machtapparats, also auf einen durch sozialen Druck erzeugten Lernprozess hin?

Sichtbare Spuren des gescheiterten sozialistischen Zukunftsprojekts lassen sich in der Gegenwart vielleicht noch am ehesten in den nunmehr weiter überformten Satellitenstädten, wie Eisenhüttenstadt oder Nowa Huta, finden, die einst auf dem Reißbrett als Modelle eines neuen Stadtideals konzipiert wurden. Idealstadtkonzepte, mit denen immer auch Vorstellungen idealer Lebensweisen verbunden sind, waren keine sozialistische Erfindung. Dies unterstrich die Kunsthistorikerin *Michaela Marek* (Leipzig) in ihrem sehr dichten Vortrag zu den Traditionen sozialistischer Stadtkonzepte, mit dem sie die vierte und letzte Sektion eröffnete. Dem

Idealstadtgedanken, der bis in die Antike zurückverfolgt werden kann, wohnten immer zugleich das Bestreben nach gesellschaftlichen Reformen einerseits und Affirmation der bereits erreichten ‚besseren Verhältnisse‘ andererseits inne. Die sozialistischen Stadtplaner konnten also auf einen reichen Fundus traditioneller Modellbausteine zurückgreifen, dessen sie sich offenbar auch beliebig bedienten, ohne sich dabei auf die Quellen zu berufen. Die ebenfalls nicht nur für die sozialistischen Varianten der ‚Idealstadt‘ charakteristischen Abweichungen zwischen Modell und Wirklichkeit erzeugten von den Planern nicht einkalkulierte Spannungen. Dass diese mitunter bis heute nachwirken, demonstrierte der Prager Ethnologe *Petr Lozoviuk* am Fallbeispiel der südmährischen Stadt Žďár nad Sázavou und ihrer innerstädtischen Konfliktlinie zwischen Einheimischen und Zugezogenen. In der folgenden Debatte wurde vor allem *Lozoviuks* These vom staatssozialistischen Städtebau als wirksamem Ideologisierungsinstrument im Alltag heftig diskutiert.

Sándor Horváth (Budapest) und *Katherine A. Lebow* (New York) zeichneten jeweils sehr anschauliche und lebendige Bilder des oft tristen Arbeits- und Lebensalltags in den sozialistischen ‚Musterstädten‘ Sztálinváros (Stalinstadt) und Nowa Huta, die manch einem vielleicht die Szenen aus dem Film „Die Ehe der Katalin Kis“ als Kontrastfolie ins Gedächtnis zurückriefen. *Sándor Horváth* arbeitete vor allem die Ambivalenz der von der Propaganda auf die Stadt Sztálinváros projizierten Bilder heraus: Je nach politischer Wetterlage wurde Sztálinváros als moderne ‚Schaufensterstadt‘ mit einer sozial nivellierten, moralisch-anständigen und gebildeten Einwohnerschaft oder als eine im Chaos versinkende ‚Baustelle‘, für die Kriminalität und Rowdytum charakteristisch waren, dargestellt. In der Realität brachten diese ‚Idealstädte‘ wie das ungarische Sztálinváros weder eine bessere Kontrolle über die Bevölkerung, noch gar eine Erziehbarkeit ihrer Einwohner zu ‚sozialistischen Persönlichkeiten‘ mit sich. Das bestätigte auch das von *Katherine A. Lebow* am Beispiel von Nowa Huta beschriebene Phänomen des „Bikiniarstvo“. „Bikiniarstvo“ war die offizielle Bezeichnung für eine sich in den fünfziger Jahren herausbildende unangepasste Jugendkultur, vergleichbar mit zeitgenössischen westlichen Jugendkulturen. Die kostspielige Umsetzung des ‚Idealstadtprojekts‘ Nowa Huta ließ es schließlich an der kulturellen Infrastruktur mangeln. Die Jugendlichen respektive jungen Arbeiter ‚besetzten‘ mit der Zeit stadtoeffentliche Räume, in denen sie ihre Freizeit nach ihren eigenen Vorstellungen verbrachten. *Lebow* stellte abschließend die These auf, dass die als sozialistische Idealstädte konzipierten urbanen Räume wie Nowa Huta – gerade wegen der ständig präsenten Diskrepanz zwischen offiziellem Ideal und alltäglicher Wirklichkeit – einen fruchtbaren Boden für die Entstehung von Gegenkulturen bildeten.

Die Jahrestagung des Collegium Carolinum, die dieses Mal mit der großzügigen finanziellen Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds/Česko-německý fond budoucnosti (Prag) und der Gerda Henkel Stiftung (Düsseldorf) stattfand, endete mit der sonntäglichen Abschlussdiskussion. Diese eröffneten *Elena Mannová* (Bratislava), *Ilja Šrubář* (Erlangen), *Dagmara Jaješniak-Quast* (Frankfurt/Oder) sowie *Jürgen Danyel* (Potsdam) mit jeweils kurz resümierenden Beiträgen. In diesen wie auch in den anschließenden Publikumsmeldungen zeichneten sich vor allem zwei Problemkreise ab: Der erste griff weitere Differenzierungsmöglichkeiten des Verhältnisses Herrschaft und Gesellschaft im Staatssozialismus auf. In diesem Zusammenhang steht auch ein weiterer Klärungsbedarf der Begriffe wie Macht, Repression, Kultur etc. Das Fehlen der ‚Gesellschaft – Herrschaft‘ in den Darstellungen wurde außerdem kritisiert. Es muss beispielsweise auch nach den unintendierten Auswirkungen von Handlungen sozialer Akteure auf die Herrschaft gefragt werden. Der zweite und größere Komplex von Anmerkungen bezog sich auf die zuweilen vernachlässigte Vergleichsproblematik. Auf empirischer Ebene forderten zahlreiche Redebeiträge eine Ausweitung der Vergleichsperspektive sowohl auf weitere sozialistische Staaten – hier ist einzuräumen, dass bisher vor allem die Slowakei fehlte – als auch auf die sozialen Entwicklungen der westlichen Industriestaaten. Oftmals

waren die sozialen Phänomene in beiden Gesellschaftssystemen gleich, nur der Umgang mit ihnen war ein anderer, wie ein Diskussionsteilnehmer anmerkte. Sicher muss zukünftig in Verbindung mit dem empirischen Material auch noch stärker an der theoretischen Ausarbeitung der komparatistischen Methode gearbeitet werden, um nicht bei einer bloßen Gegenüberstellung sozialer Phänomene und ihrer ‚Bewältigung‘ stehen zu bleiben. Dass aber der Weg des Vergleichs in der sozialgeschichtlichen Kommunismusforschung für einen Erkenntniszuwachs unabdingbar und zudem äußerst spannend ist, das hat die Bad Wiesseer Tagung 2002 allemal bewiesen.

Ines Koeltzsch

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2003, Nr.019
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/019-03.pdf>